



Stadtentwicklungskonzept (STEK 2016)

Mitwirkung

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum STEK 2016. Die EVP Stadt Bern nimmt diese gerne wahr.

1 Gesamteindruck

Die EVP dankt dem Stadtplanungsamt für den sorgfältigen Partizipationsprozess, den die Entwicklung des STEK 2016 begleitete. Wir sind überzeugt, dass dieser die Weiterentwicklung der Stadt in den nächsten Jahrzehnten befruchten wird. Wir erwarten, dass das Stadtplanungsamt die Quartierkommissionen und die Bevölkerung auch an den weiteren Planungsschritten in dieser Art teilhaben lässt.

Im Übrigen orientieren wir uns bei unserer Stellungnahme an den drei Handlungsfeldern des STEK:

2 Bern wächst dynamisch

Die EVP ist mit den im STEK 2016 festgehaltenen Wachstumszielen nur teilweise einverstanden.

Die Zunahme von 8500 Wohnungen bis 2030 erachten wir als ambitiös, aber grundsätzlich machbar. Die sogenannte Innenverdichtung ist im Moment immer noch ein Schlagwort, dem bislang wenige Taten gefolgt sind. Hier bräuchte es fiskalische Massnahmen und griffige Anreize. Zwar gäbe es viele Möglichkeiten, bestehende Überbauungen zu verdichten. Die EVP befürchtet aber, dass auch in Zukunft landwirtschaftliche Flächen für den Wohnbau verschwendet werden, weil dies immer noch weniger Widerstand auslöst, als bestehende Siedlungen zu verdichten.

Für die EVP stellt sich grundsätzlich die Frage, wieviel Wohnraum pro Person nötig ist. Eine Steigerung der durchschnittlichen Wohnungsbelegung ist aus unserer Sicht anzustreben. Folgende Massnahmen erscheinen uns sinnvoll:

- Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus mit Belegungsvorschriften und Gemeinschaftsräumen.
- Belegungsvorschriften für städtische Wohnungen.
- Fiskalische Massnahmen (überdurchschnittliche Wohnfläche im Verhältnis zur Belegung wird besteuert).

In der Stadt Bern weisen über 70% der Wohnungen drei Zimmer oder weniger auf. Immer noch verlassen mehr Familien mit Kindern die Stadt als zuziehen. Deshalb braucht es unbedingt konkrete Massnahmen, dass mehr familiengerechte Wohnungen gebaut bzw. kleine zu grösseren Wohnungen zusammengelegt werden. Dabei geht es sowohl um die Grösse als auch um das Preissegment dieser Wohnungen. Zum Beispiel könnte der Bau von Familienwohnungen gefördert werden durch

- Anreize der Stadt, damit auch im privaten Wohnungsbau vermehrt grosse Wohnungen realisiert werden.
- Auflagen bei der Baurechtsvergabe.
- Gezielte bauliche Investitionen der Stadt selbst bzw. der Burgergemeinde.

Die EVP begrüsst es, dass sich das STEK 2016 dazu bekennt, zuerst die inneren Reserven zu mobilisieren zu wollen. Eine Stadterweiterung kommt auch für die EVP erst in Frage, wenn die anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Dabei können an geeigneten Standorten zur Verdichtung durchaus auch Hochhäuser in Betracht gezogen werden. Ein vernünftiger Mix zwischen alter und neuer Bausubstanz ist anzustreben. Damit in diesem Zusammenhang insbesondere in den Aussenquartieren Entwicklung möglich wird, ist eine regelmässige Überarbeitung des Bauinventars nötig. Auch gibt es noch etliche Widersprüche zwischen Bauinventar und STEK 2016. Diese sind vor Inkraftsetzung der beiden Dokumente zu diskutieren und auszuräumen.

Die heutige sehr restriktiv gehandhabte Waldgesetzgebung erachtet die EVP als nicht mehr zeitgemäss. So könnte aus unserer Sicht das Areal des Bremgartenwaldes zwischen Bremgartenstrasse und Autobahn überbaut werden. Generell ist die EVP der Meinung, dass sich die Stadt bei der Anvisierung ihre langfristigen Ziele nicht von der aktuellen Gesetzgebung abschrecken lassen sollte. Auch bei einer allfälligen Stadterweiterung im Osten oder Westen müssten bekanntlich etliche Abstimmungshürden genommen werden.

Nicht einverstanden ist die EVP mit dem Wachstumsziel der Arbeitsplätze. Bereits heute ist das Verhältnis zwischen Einwohnenden und Arbeitsplätzen in der Stadt Bern ungünstig. Nun wird vom STEK 2016 eine Zunahme von 17'500 Einwohnern und 15'000 Arbeitsplätzen angestrebt. Das Missverhältnis zwischen Einwohnern und Arbeitsplätzen soll sich also kaum verändern. Aus Sicht der EVP müssen diese Zielsetzungen unbedingt zugunsten der Einwohnerzahl korrigiert werden. Weitere Arbeitsplätze sind für die Stadt Bern steuerlich uninteressant. Die Infrastruktur wird zusätzlich belastet, ohne dass für die Stadt ein Mehrwert entsteht.

Grundsätzlich begrüsst es die EVP, dass Arbeitsplätze und Wohnungen näher zusammenrücken und die Arbeitswege kürzer werden. Dieses Ziel wird aber unseres Erachtens mit den Wachstumszielen im STEK 2016 im Bereich Arbeitsplätze eher torpediert.

3 Bern ist grün und vernetzt

Auch die EVP ist der Meinung, dass Bern als grüne und vernetzte Stadt eine überdurchschnittliche Lebensqualität aufweist. Stärken wie kurze Wege und rasch erreichbare Naherholungsgebiete dürfen nicht aufgegeben, sondern müssen vertieft werden.

Aus Sicht der EVP reichen dabei Stadtpärke, Stadtteilpärke und Quartierpärke nicht aus. Es braucht ebenso kleinräumige Spielplätze und Grünflächen in der unmittelbaren Wohnumgebung, damit sie auch von kleineren Kindern und Menschen mit eingeschränkter Mobilität genutzt werden können. Dabei ist nicht in erster Linie Perfektionismus mit teuren Geräten gefragt, sondern Freiräume (Brachen), wo Kinder gefahrlos spielen können.

Die EVP begrüsst einen Ausbau von Tempo 30 auch auf dem Basisnetz. Damit kann der Lärm verringert und der Verkehr verstetigt werden. Auch grössere Tempo-20-Zonen (Begegnungszonen) wie im Burgfeld sind anzustreben. Dabei sind die heutigen Partizipationsregeln für Begegnungszonen zu überdenken, weil heute einzelne Eigentümer zusammenhängende Tempo-20-Zonen faktisch verhindern können. Die Lebensqualität in der Stadt hängt eindeutig davon ab, ob der MIV reduziert oder zumindest auf dem heutigen Niveau gehalten werden kann.

Der Ausdruck „Stadtreparatur“ wird im STEK 2016 nur für die Verlegung der Autobahn in Bern-Ost verwendet. Die EVP ist aber der Meinung, dass nicht nur dort eine Stadtreparatur nötig ist. So bestehen in Bern-Süd etliche ungelöste Verkehrsprobleme – insbesondere die starke Belastung der Hauptachsen zu den Stosszeiten –, die den Anwohnenden zu schaffen machen.

Die EVP unterstützt den Veloring inklusive der Velobrücke zwischen Lorraine und Länggasse. Auch für die Velofahrenden – von den Pendlern mit E-Bikes bis zu den Senioren im Quartier –, die in unterschiedlichen Tempi unterwegs sind, ist eine Art Verkehrskompromiss nötig. Es braucht breite Velowege, wo auch über-

holt werden kann und es braucht Quartiernetze. Die EVP ist überzeugt, dass ein gutes Velonetz den Umstieg fördert und den MIV reduziert.

Auch eine gute Erschliessung durch den ÖV ist für die Lebensqualität in Bern unabdingbar. In der geplanten S-Bahnstation Vidmar sehen wir ein in dieser Beziehung vorbildliches Beispiel.

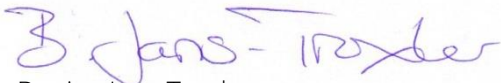
Die Stadt Bern begrüsst es, dass sich das STEK 2016 gegen das Ausfransen an den Stadträndern zur Wehr setzt. Dadurch können auch die ländlichen Gebiete ihren Charakter behalten.

4 Bern lebt in den Quartieren

Die EVP unterstützt die Stossrichtung dieses Handlungsfeldes ausdrücklich. Auch wir sind der Meinung, dass das nähere Wohnumfeld darüber entscheidet, inwiefern sich die Menschen in unserer Stadt zuhause fühlen.

Allerdings steht und fällt dieses Handlungsfeld aus unserer Sicht mit der Quartierausstattung und inwiefern es gelingt, diese in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft auch tatsächlich so zu gestalten, wie dies im STEK 2016 skizziert wurde. Das Erreichbarkeitsversprechen muss auch nach unserer Ansicht noch „vertieft“ werden (s. S. 11). Neue Ideen sind gefragt, damit die Quartiere lebendig bleiben bzw. zu neuem Leben erweckt werden können.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Vorschläge und freundliche Grüsse



Bettina Jäns-Troxler

Präsidentin der EVP Stadt Bern